Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 45 (2018)
Heft: 3

Artikel: Erbitterter Kampf um Radio und Fernsehen
Autor: Müller, Jürg
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-909639

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Erbitterter Kampf um Radio und Fernsehen

Das Stimmvolk hat am 4. März eine massive Attacke auf das Schweizer Radio und Fernsehen mit grossem Mehr abgewehrt. Doch die Sparforderungen an die SRG bleiben bestehen.

JÜRG MÜLLER

Die Schweiz hat in den letzten Jahren nicht wenige höchst emotionale Urnengänge erlebt. Doch einen derart langen, heftigen und denkwürdigen Abstimmungskampf hat das Land wohl noch kaum je gesehen. Es ging bei der No-Billag-Initiative in der Tat um viel, nämlich um Sein oder Nichtsein der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) und von 34 privaten lokal-regionalen Sendern. Die Initianten, eine Gruppe marktradikaler Libertärer, forderten die Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren, was das Ende des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bedeutet hätte. Der Abstimmungskampf wurde derart emotional geführt, dass es zu massiven Übertreibungen kam: Während die Gegner des Volksbegehrens das Gespenst des Auseinanderfallens der viersprachigen Schweiz und das Ende der Demokratie an die Wand malten, verunglimpften die Befürworter die SRG-Sender als staatliche Propagandainstrumente.

Gilles Marchand, Generaldirektor der SRG, tritt nach dem Nein zu «No Billag» am 4. März in Bern vor die Presse. Foto Keystone

Breite Front für die SRG

Zu Beginn des Abstimmungskampfs im Spätherbst 2017 sah es für die Initianten nicht schlecht aus. Erste Umfragen zeigten, dass es gelingen könnte, mit der SRG eine der traditionsreichsten öffentlichen Institutionen der Schweiz zu schleifen. Dies, obschon Bundesrat, Parlament und alle Parteien ausser der SVP das Ansinnen ablehnten. Doch dann entdeckten die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen, was sie verlieren könnten: Vereine, Verbände, Komitees in allen Landesteilen und aus unterschiedlichsten Milieus formierten sich, Bürgerinnen und Bürger, Freunde der Ländlermusik, Schriftsteller, Sportler, Künstler, Musiker, Prominente und Multiplikatoren aller Sparten kämpften mit grossem Engagement für das Schweizer Radio und Fernsehen.

Am Ende kippte der Trend nicht nur, die Initiative wurde mit unerwartet deutlichen 71,6 Prozent Neinstimmen und von allen Ständen verworfen. Die Abstimmungssieger bezeichneten das Resultat als starkes Bekenntnis zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk, zu seiner Klammerfunktion in der viersprachigen Schweiz und als Votum gegen die Entsolidarisierung des Landes. Die unterlegenen Initianten schrieben sich auf die Fahne, dass sie endlich eine längst überfällige medienpolitische Debatte lanciert hätten.

Ein 100-Millionen-Sparpaket

Tatsächlich wurde mit der Initiative massiv Druck aufgebaut. Gilles Marchand, Generaldirektor der SRG, reagierte noch am Abend des Abstimmungssonntags: Er kündigte ein 100-Millionen-Sparpaket an und den Verzicht auf Unterbrecherwerbung in Spielfilmen. Zudem wolle die SRG keine Online-Texte ohne Bezug zu ausgestrahlten Sendungen mehr veröffentlichen, also ihr bereits bestehendes zeitungsähnliches Angebot aufgeben. Damit kommt sie Forderungen der privaten Verleger nach.

Erstaunlich ist die saloppe Kühnheit der Verlierer, die kurz nach der Abstimmung einen massiven Abbau forderten – dies trotz dem überaus deutlichen Bekenntnis des Volkes zur Institution SRG. Am weitesten ging die SVP: Sie forderte eine Befreiung der Unternehmen von den Gebühren und eine Senkung der Gebühren für Haushalte von 365 Franken ab 2019 – 2018 sind es noch 451 Franken – auf 300 Franken jährlich. Sollte das im Parlament nicht mehrheitsfähig sein, hat die SVP bereits eine Volksinitiative

auf Halbierung der Gebühren in der Hinterhand. Bemerkenswert ist auch, dass praktisch alle anderen Parteien ebenfalls weitere Spar- und Abbaumassnahmen aufs Tapet brachten – selbst die Grünen. Nur die SP fand, man solle die SRG jetzt in Ruhe lassen. «Nach diesem Abstimmungsergebnis heisst es jetzt: Schluss mit dem Zirkus», sagte SP-Fraktionschef Roger Nordmann.

Bundesfinanzen sind gesichert

Die Eidgenossenschaft ist finanziell weiterhin gesichert. Mit einem Jastimmenanteil von 84,1 Prozent hat das Stimmvolk am 4. März den Bundesbeschluss über die neue Finanzordnung 2021 gutgeheissen. Neu war streng genommen an dieser Vorlage nichts. Es ging lediglich um die Fortführung der bisherigen Politik. Denn die aktuelle Finanzordnung läuft 2020 aus, mit dem Ja des Volkes wird sie nun bis 2035 verlängert. Die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer machen zusammen knapp zwei Drittel der gesamten Einnahmen des Bundes aus. Die beiden Steuern sind somit die Haupteinnahmequellen der Eidgenossenschaft. Weitere Finanzen fliessen unter anderem aus der Mineralölsteuer, den Stempelabgaben, der Tabaksteuer und der Verrechnungssteuer in die Bundeskasse.

Es ist eine Eigenart des helvetischen Föderalismus, dass das Bundessteuersystem immer nur zeitlich begrenzte Gültigkeit hat. Der Bundesrat wollte ursprünglich die Bundesfinanzordnung so abändern, dass er die beiden Steuern unbefristet erheben kann. In der Vernehmlassung gab es Widerstand, nun wird sie nur um 15 Jahre verlängert. Das wichtigste Argument: Mit der Befristung und einer Volksabstimmung seien die Steuern demokratisch besser legitimiert. (JM)

Die Medienkrise schwelt weiter

Mit der Schweizerischen Depeschenagentur (SDA) gerät nach der SRG die zweite nationale Medieninstitution unter Druck. Und die Konzentration im Medienmarkt geht weiter.

JÜRG MÜLLER

Es tönte wie die Begleitmusik zum Abstimmungskampf um die No-Billag-Initiative: In den ersten Wochen und Monaten des Jahres zeigten verschiedene Entwicklungen auf, dass sich die Krise in der Schweizer Medienbranche nochmals verschärft hat. Eine geradezu dramatische Lage herrscht bei der Schweizerischen Depeschenagentur (SDA). Nach der SRG gerät damit eine zweite mediale Service-public-Institution massiv unter Druck. Wie verfahren die Lage ist, macht der Umstand klar, dass die Redaktion Ende Januar in einen mehrtägigen Streik trat – bei Schweizer Medien ein äusserst seltenes Ereignis. Nachdem die Geschäftsleitung den raschen Abbau von gegen 40 der 150 Vollzeitstellen bekanntgegeben hatte, war Feuer im Dach. Geschäftsleiter Markus Schwab hat zusätzliches Öl ins Feuer gegossen, indem er in einem Interview erklärte: «Die SDA ist nur ihren Aktionären etwas schuldig. Wir sind keine Non-Profit-Organisation.» Nach wie vor steht aber auf der Homepage der Firma: «Die SDA verfolgt grundsätzlich keine Gewinnzwecke.»

Die SDA ist zwar in der breiten Öffentlichkeit kaum bekannt, sie ist jedoch als nationale Nachrichtenagentur Rückgrat und Zentralnervensystem des Schweizer Journalismus und damit ein unverzichtbarer Teil des medialen Service public. Der frühere FDP-Bundesrat Kaspar Villiger bezeichnete die Agentur einmal treffend als «ein Förderband der Realität». Sie versorgt fast alle Medien des Landes, aber auch Behörden, Organisationen und Unternehmen in drei Sprachen rund um die Uhr mit Nachrichten. Da die Depeschenagentur praktisch lückenlos über Parlamentsdebatten und über das gesamte politische und wirtschaftliche Geschehen des Landes berichtet, erfüllt sie nebenher auch eine wichtige Archivfunktion.

Stark gesunkene Umsätze

Die verfahrene Lage hat einen komplexen Hintergrund und wurzelt in Geschichte und Struktur des Unternehmens. Gegründet wurde die SDA 1895 von den Schweizer Verlegern. Und die Agentur hatte schon immer ein Grundproblem: Die Besitzer, also die Verleger, sind auch die Kunden. Als Besitzer müssen sie ein Interesse am Wohlergehen der Agentur haben, als Verleger wollen sie möglichst günstige Tarife. Das ging so lange einigermassen gut, wie die Zeitungslandschaft blühte. Die Tarife waren bis vor Kurzem aber an die Anzahl gedruckter Zeitungsexemplare gebunden. Mit dem Auflagenrückgang der Printtitel kam auch die SDA unter Druck. Auf Anfang dieses Jahres wurde ein neues System eingeführt: Nicht mehr nur die Printauflage zählt, sondern die Reichweiten in Print und Online.

Trotzdem: Nach Angaben der Geschäftsleitung machen kurzfristig stark gesunkene Umsätze einen Personalabbau nötig. Die Redaktion dagegen wirft der Führung Konzeptlosigkeit vor. So sei etwa unklar, welche Leistungen die SDA mit reduziertem Personal künftig erbringen soll. Mit im Spiel ist auch die Bundesverwaltung, die der SDA bisher rund 2,7 Millionen Franken jährlich als Agenturkundin bezahlte. Zudem steht